



Resolution von Pro Alps an den Bundesrat

verabschiedet am 17. Mai 2025 in Mendrisio anlässlich der Mitgliederversammlung

Keine Rola-Lastwagen auf den Transitstrassen!

Mit der Annahme der Alpeninitiative im Jahr 1994 hat sich die Schweiz verpflichtet, den alpenquerenden Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Doch seit Jahren gerät diese Verlagerung unter Druck und die Zahl der alpenquerenden Lastwagenfahrten steigt. Im Jahr 2024 fuhren wieder so viele Lastwagen durch die Alpen wie zuletzt 2016. Mit 960'000 alpenquerenden Lastwagenfahrten wurde das gesetzlich verankerte Verlagerungsziel von 650'000 Fahrten um 310'000 Fahrten überschritten und damit verstösst der Bundesrat gegen das Gesetz und den Alpenschutzartikel in der Verfassung.

Die Rollende Landstrasse (Rola) ist ein zentrales Element der Verlagerungspolitik im alpenquerenden Güterverkehr. Sie verlagert jährlich rund 80'000 Transitlastwagen von der Strasse auf die Schiene. Aus diesem Grund hat das Parlament ihre Finanzierung im Jahr 2023 bis Ende 2028 verlängert. Umso bedenklicher ist die jüngst angekündigte Absicht der RALpin AG, den Betrieb der Rola bereits Ende 2025 einzustellen, also drei Jahre früher als geplant.

Eine vorzeitige Einstellung der Rola ist aus verkehrs- und umweltpolitischer Sicht inakzeptabel. Pro Alps befürchtet, dass ein Grossteil der Rola-Lastwagen künftig ganz auf die Strasse zurückkehrt und dadurch jährlich bis zu 80'000 zusätzliche Lastwagen durch die Schweizer Alpen fahren. Das entspricht der Anzahl Lastwagen, die auf einer Strecke von Hamburg bis Livorno auf 1'400 Kilometern hintereinander Platz finden würden. Ohne Gegenmassnahmen droht die Zahl der alpenquerenden Lastwagen ab 2026 die Millionen-grenze zu überschreiten.

Pro Alps fordert den Bundesrat deshalb auf:

- **Bei der RALpin und deren Eigentümerinnen SBB, BLS und Hupac eine Weiterführung der Rollenden Landstrasse bis 2028 zu erwirken;**
- **Im Verlagerungsbericht 2025 griffige Massnahmen zu präsentieren, um die Verlagerung generell zu fördern und die Rückverlagerung von zehntausenden Rola-Lastwagen auf die Strasse ab 2029 wirksam zu verhindern.**

Der Bundesrat muss den verfassungsmässigen Volkswillen umsetzen und mit konsequenten Massnahmen die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs auf die Schiene vortreiben, um Bevölkerung und Umwelt im Alpenraum zu schützen. Pro Alps erwartet vom Bundesrat eine klare Priorisierung der Verlagerungspolitik im Sinne der Verfassung, der Glaubwürdigkeit der Schweizer Verkehrspolitik und im Interesse der betroffenen Bevölkerung.